

## **SP Kanton Zürich**

Delegiertenversammlung vom 27. September 2011 in Winterthur

Traktandum 3 – Rede des Parteipräsidenten

### **UBS & Co.: Hört das denn nie auf?**

Liebe Genossinnen und Genossen

Ein uns Zürcher Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht ganz unbekannter Bundespräsident hat im Herbst vor genau zehn Jahren nach einer Reihe von fürchterlichen Katastrophen und Ereignissen seine Emotionen und seine Trauer in einem sehr ehrlichen und sehr menschlichen Stossseufzer zusammengefasst: «Hört das denn nie auf?», fragte Moritz Leuenberger damals im Herbst 2001, als mit Nine/Eleven, dem Attentat in Zug, der Brandkatastrophe im Gotthard, dem Grounding der Swissair und dem Absturz einer Crossair-Maschine die Welt vollends aus den Fugen zu geraten schien.

«Hört das denn nie auf?» – dieser Satz ist mir vor zwei Wochen wieder in den Sinn gekommen, als die Neuigkeit die Runde machte, dass ein UBS-Investmentbanker in London so mir nichts, dir nichts zwei Milliarden Dollar verspielt hat. Ohne dass es den Kontrolleuren der Bank aufgefallen wäre. Entweder konnten oder wollten sie nicht so genau hinschauen. Der Schaden ist gross, finanziell aber auch reputationsmässig. Doch es könnte noch dicker kommen: Wenn es stimmt, worauf ernstzunehmende Hinweise hindeuten, dass nämlich ein Teil dieser Verluste auch deshalb zustande kam, weil der UBS-Banker gegen den Schweizer Franken wettete und dann Anfang Monat vom Entscheid der Nationalbank, einen Mindestkurs festzulegen, überrascht wurde, so wäre dies ein Skandal sondergleichen: Eine Schweizer Bank, die in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit gegen den Schweizer Franken wettet – das wäre, wenn es sich als wahr herausstellt, auf gut deutsch «eine Sauerei», liebe Genossinnen und Genossen.

Erinnern wir uns: Die grenzenlos Spekulation, die grenzenlose Gier der Banker nach Rendite und damit nach Boni, egal ob am Paradeplatz, in der City of London oder an der Wallstreet, führte die Weltwirtschaft vor noch nicht allzu langer Zeit an den Rand des Abgrunds. 2008 stand das weltweite Finanzsystem kurz vor dem Kollaps und die Staaten waren gezwungen, mit enormen Steuergeldern einzuspringen, um die Banken zu retten und dafür zu sorgen, dass die Spekulation der Banker nicht auch noch die Realwirtschaft mit in den Abgrund reisst. Die Schweiz und die Schweizer Nationalbank sahen sich gezwungen, die UBS mit mehr als 60 Milliarden Franken zu retten. Die damals übernommenen giftigen Papiere liegen auch heute noch bei der Nationalbank. Doch damit nicht genug: Wenig später musste die Schweiz der UBS auch im Rechtsstreit mit den USA beispringen, um weitreichende Folgen für die Bank und damit auch die Schweizer Wirtschaft abzuwenden.

Und was macht nun, diese vom Staat gerettete Bank? Nimmt sie sich zurück, lernt sie aus diesen Vorfällen? Mit nichten, im Gegenteil: Konzernchef Oswald Grübel gibt weiter Gas, verlangt mindestens 15 Milliarden Gewinn pro Jahr, stachelt seine Leute damit dazu an, auch weiterhin hohe Risiken einzugehen, baut gleichzeitig tausende von Arbeitsstellen ab, droht für den Fall, dass die Schweizer Politik, strenge

Eigenmittelvorschriften erlässt, mit dem Wegzug nach London und macht schliesslich nach dem Entscheid der Nationalbank bezüglich Euro-Untergrenze auch noch aktiv gegen das Nationalbankpräsidium Stimmung. Und was macht sein Chef, alt Bundesrat Kaspar Villiger? Er verteidigt die hohen Boni der Banker, tut London als Einzelfall ab, hüllt sich dann lange Zeit in Schweigen und erteilt schliesslich Oswald Grübel, als dieser am Samstag seinen Hut nimmt, auch noch öffentlich in aller Form die Absolution. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass sich der einst stolze Freisinn endgültig zum Sprachrohr und Erfüllungsgehilfen der Banken gemacht hat – Kaspar Villiger hat ihn als UBS-Verwaltungsratspräsident erbracht.

Und die Politik? Hat wenigstens sie gelernt? Nun, als Gegenleistung der Bankenrettung versprach sie 2008 national wie international im Finanzbereich Remedur zu schaffen, die Banken an die Leine zu nehmen, wenigstens den schlimmsten Auswüchsen des Kasinokapitalismus den Riegel zu schieben, Vorkehrungen zu treffen, damit das Gebaren der Finanzwelt nicht auch noch die Realwirtschaft mit in den Abgrund reissen kann. Seitdem wurde viel diskutiert, aber nicht viel beschlossen. Im Gegenteil: In Bern sind die bürgerlichen Parteien im Hintergrund kräftig daran, die dringend notwendigen schärferen Regulierungen wieder abzuschwächen. Und da kommt natürlich ein Fall wie der in London ziemlich ungelegen und so gibt es jetzt wieder viele Worte des masslosen Erstaunens und baren Entsetzens der bürgerlichen Bankenlobbyisten. Nie hätten sie gedacht, dass das möglich sei. Nie hätten sie sich vorstellen können, dass die Banker nichts aus der Vergangenheit lernen würden. Wie naiv kann und darf man eigentlich sein, liebe Genossinnen und Genossen?

Nein, auch die bürgerlichen Mehrheitsparteien haben bislang nicht viel gelernt. Was fiel und fällt ihnen beispielsweise zur Bekämpfung der aktuellen Krise ein? Sie wollen diese Krise mit demselben Rezept lösen wie immer: Steuersenkungen und Deregulierungen. Steuersenkungen etwa für die Reichen: Im Kanton Zürich haben die Stimmberechtigten nun innert kürzester Zeit dreimal in Folge Steuergeschenke für Privilegierte abgelehnt, zuerst bei der Abschaffung der Pauschalbesteuerung, dann beim regierungsrätlichen Steuerpaket, zuletzt bei der Halbierung der Vermögenssteuer. Und was macht die FDP im Zürcher Kantonsrat? Sie reicht als sei nichts geschehen eine Parlamentarische Initiative ein, welche die höchste Progressionsstufe streichen will und hat dann auch noch die Unverfrorenheit zu behaupten, das habe nichts mit Zwängerei zu tun.

Oder auf Bundesebene: Was fordern da FDP und SVP wegen der Frankenkrise? Die Senkung der Gewinnsteuern. Als ob das jenen Firmen, die wegen des starken Frankens Probleme haben, keinen Gewinn mehr erzielen und deshalb auch keine Gewinnsteuern zahlen, etwas nützen würde. Oder aber sie fordern munter und ohne Scham eine Unternehmenssteuerreform III. Das nachdem die Unternehmensteuerreform II statt ein paar hundert Millionen ein paar Milliarden an Entlastung bei den Unternehmen und an Steuerausfällen beim Staat gebracht hat. Abgestützt auf die Höhe dieser Steuerausfälle müsste man eigentlich meinen, damit sei nicht nur die Unternehmensteuerreform II umgesetzt worden, sondern die Unternehmenssteuerreformen II bis XXV.

Steuersenkungen und Deregulierungen, euphemistisch verkauft als Fitnessprogramm, sind also die Rezepte der Bürgerlichen. Und es sind genau jene Rezepte, welche für zwei Krisen innert kürzester Zeit mitverantwortlich sind. Es sind jene Rezepte, die in den letzten beiden Jahrzehnten dazu beigetragen haben, dass der Produktivitätsfortschritt nur ein paar wenigen Privilegierten zugute gekommen ist, dass die Schere bei den Einkommen und insbesondere bei den Vermögen immer weiter aufgegangen ist. Es sind jene Rezepte, die dazu führen, dass die gesellschaftliche Mitte immer stärker unter Druck gerät.

Wirtschaftskrisen hat es schon immer gegeben, liebe Genossinnen und Genossen, und es wird sie auch in Zukunft geben. Doch im Moment kommen die Krisen immer in kürzeren Abständen und es ist nicht zu bestreiten, dass sie wegen der Zockerei der Banken und der Gier der Manager jedesmal etwas «verreckter» werden. Und so fragt man sich eben: «Hört das denn nie auf?» Müssen wir nun alle paar Jahre den Banken zur Hilfe eilen, weil sie sich verspekuliert haben? Müssen wir nun in regelmässigen Abständen ganze Volkswirtschaften retten, weil irgendwelche, ach so smarte Investment-Banker diese mit Produkten, die kaum noch jemand versteht, an den Rande des Ruins getrieben haben? «Hört das denn nie auf?» Doch, liebe Genossinnen und Genossen, es kann aufhören, und es muss aufhören. Aber es hört eben nur dann auf, wenn wir in diesem Land zu einem fundamentalen Politikwechsel finden.

Wir müssen weg von einer Politik, die von Egoisten angetrieben wird, einer Politik, die allen Herausforderungen mit Kriegsrhetorik begegnet, weg von einer Politik, die sich primär aus einem Alle-gegen-Alle speist: Alt gegen Jung, Krank gegen Gesund, Stadt gegen Land. Wir müssen weg von einer Politik, die behauptet, es sei dann allen am besten gedient, wenn jeder für sich alleine schaue. Nein, das kann keine Politik für die Zukunft sein, denn von dieser Politik profitieren am Ende nur ganz wenige, alle anderen zahlen die Zeche.

Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben wir eine andere Vorstellung von einer gerechten Gesellschaft, liebe Genossinnen und Genossen. Wir wollen eine Politik, die statt das Wohl von ein paar wenigen, das Wohl der Mehrheit im Auge hat. Wir wollen eine Gesellschaft, in der wir für uns selber, aber gleichzeitig auch gemeinsam für uns alle Verantwortung übernehmen. Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle Menschen sicheren Boden unter den Füßen haben, eine Gesellschaft, in der alle vom gemeinsam erarbeiteten wirtschaftlichen Fortschritt profitieren. Wir wollen eine Gesellschaft, die letztlich auf gut schweizerischen Werten aufbaut: Auf dem Miteinander, auf dem Ausgleich, auf Freiheit und Demokratie. Das ist unsere Schweiz, liebe Genossinnen und Genossen, eine Schweiz für alle statt für wenige.

Und für diese Schweiz kämpfen wir bei diesen Wahlen. Dafür setzen wir uns in den letzten 26 Tagen nochmals mit voller Kraft ein, denn eine Schweiz für alle statt für wenige kann nur mit einer starken SP gelingen, mit einer starken SP im Parlament und einer starken SP im Bundesrat. Wir kämpfen für diesen Politikwechsel, wir kämpfen für unsere Schweiz. Und wir kämpfen dafür, dass wir die Frage «Hört das denn nie auf?» im Zusammenhang mit unseren Banken in Zukunft so nicht mehr stellen müssen. Packen wir es an, liebe Genossinnen und Genossen.

Herzlichen Dank.

*Es gilt das gesprochene Wort.*